



**Berlin, 18. Oktober 2024
Nr. 40/2024**

Zu wenig, zu spät, zu lang: IG Metall weist Arbeitgeber-Angebot zurück

Die IG Metall hat das Arbeitgeber-Angebot in den Tarifverhandlungen für die 100.000 Beschäftigten der Metall- und Elektroindustrie in Berlin-Brandenburg zurückgewiesen. „Das ist deutlich zu wenig und würde für die Kolleginnen und Kollegen nicht einmal die Inflation ausgleichen“, sagte IG Metall-Bezirksleiter Dirk Schulze nach der zweiten Verhandlungsrunde in Berlin.

Dirk Schulze, IG Metall-Bezirksleiter Berlin-Brandenburg-Sachsen und Verhandlungsführer für Berlin-Brandenburg: „Immerhin haben die Arbeitgeber in der zweiten Verhandlungsrunde erstmals ein Angebot für eine Entgeltsteigerung präsentiert. Das war ein erster, aber noch viel zu kleiner Schritt in die richtige Richtung. Die Laufzeit ist zu lang, die Entgelterhöhung fällt zu niedrig aus und sie kommt zu spät. Die Beschäftigten können in dieser angespannten Situation nicht neun Monate auf mehr Geld warten. Für eine Lösung müssen die Arbeitgeber an diesen Hebeln ansetzen.“

Die IG Metall fordert sieben Prozent mehr Entgelt und eine überproportionale Erhöhung der Ausbildungsvergütungen um 170 Euro bei einer Laufzeit von 12 Monaten. Zudem will sie eine soziale Komponente für untere Einkommensgruppen erreichen und die Wahlmöglichkeiten Zeit statt Geld (T-ZUG-Tage) weiterentwickeln.

Der Arbeitgeberverband VME schlug neun Nullmonate vor, dann eine Entgelterhöhung um 1,7 Prozent zum 1. Juli 2025 und um 1,9 Prozent zum 1. Juli 2026. Die Laufzeit soll laut VME 27 Monate betragen. Bei den Ausbildungsvergütungen signalisierten die Arbeitgeber Verhandlungsbereitschaft über eine überproportionale Erhöhung, allerdings ohne eine konkrete Zahl zu nennen. Seinerseits verlangt der VME, die Möglichkeit für Einschnitte bei den Sonderzahlungen in Betrieben mit schwieriger wirtschaftlicher Lage zu erweitern und dauerhaft festzuschreiben.

Vor dem Verhandlungsort im Haus der Wirtschaft in Berlin hatten Beschäftigte aus Berlin und Brandenburg für ihre Forderungen demonstriert. Dirk Schulze: „Die Kolleginnen und Kollegen haben noch einmal sehr deutlich gemacht, dass ein Tarifergebnis ihre Ansprüche und Bedürfnisse berücksichtigen muss. Dafür brauchen wir einen Abschluss, der die Kaufkraft stärkt und damit auch der Konjunktur hilft. Das von den Arbeitgebern vorgelegte Angebot ist ein Krisenverstärker. Es missachtet zudem



die Lage der Beschäftigten. Wir begrüßen, dass nun auch die Arbeitgeber die viel zu niedrigen Ausbildungsvergütungen in der Metall- und Elektroindustrie stärker anheben wollen – leider ohne eine konkrete Zahl zu nennen.“

Die Friedenspflicht endet am 28. Oktober. Danach sind Warnstreiks möglich.

Für Rückfragen: Markus Sievers, 0151 29 23 11 82